

NIEDERSCHRIFT

13. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.02.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Frau Stv. Brigitte Hinkelmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Anna Nießen-Stellmach - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Gustl Rinkens - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marc Schlösser - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Frau Stv. Christina Hermanns - CDU-Fraktion
Herr Stv. Roland Andreas Krichel - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Frank Breuer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Norbert Koerlings - ABU-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Beatrix Schongen - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Wirtz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion

Herr Stv. Stefan Rohmann - FDP-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied
Herr Stv. Metin Sak - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Dieter Lothmann - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Wolfgang Lüsgens - REP-Fraktion	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2011/0962
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2011/0963
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/0967
4. Bebauungsplan Nr. 221 - Stadtplatz;
hier: Vorstellung des geplanten Bauvorhabens
Vorlage: 2011/0995
5. Änderung in der Ausschuss- und Gremienbesetzung
Vorlage: 2011/0972
6. Benutzungs- und Gebührensatzung der Büchereien der Stadt Alsdorf vom 23.12.1982
hier: Ergänzung und Änderung der Büchereisatzung
Vorlage: 2010/0938
7. Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der
Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 2011/0974
8. Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken aus der
frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -
Vorlage: 2011/0958
9. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2011/0964
10. Verlegung der Räumlichkeiten aller im Rat der Stadt Alsdorf vertretenen Fraktionen in
den Keller; hier: Antrag der REP-Fraktion vom 20.01.2011
Vorlage: 2011/0997

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2011/0962

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, Herrn Prof. Dorn, Dorn + Oberbeck GmbH, Herrn Hammerich, Gersdorfer Baumanagement GmbH, Herrn Dipl.-Ing. Weinhold sowie Herrn Dipl.-Kfm. Koswald, Soleo GmbH, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Herrn Kämmerer Jansen, FB 5 – Finanzen, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 - Recht, Herrn Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Hafers, FG 5.1 – Kämmerei, Herrn Gillessen, FG 5.1 – Kämmerei, Herrn Müller, FG 5.3 – Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Frau Holz, FG 1.1 – Büro des Rates (Schriftführerin), sowie Frau Gebauer vom Rechnungsprüfungsamt).

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Rates der Stadt allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Nunmehr schlägt Herr Bürgermeister Sonders vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um den folgenden Punkt zu erweitern:

Punkt 10: Verlegung der Räumlichkeiten aller im Rat der Stadt Alsdorf vertretenen Fraktionen in den Keller;
hier: Antrag der REP-Fraktion vom 20.01.2011

Nachgereicht worden sind Erläuterungen/Unterlagen zu

Punkt 6: Benutzungs- und Gebührensatzung der Büchereien der Stadt Alsdorf vom 23.12.2002;
hier: Ergänzung und Änderung der Büchereisatzung,

Punkt 7: Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2010,

Punkt 8: Bebauungsplan Nr. 321 – Viehaustraße –;
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 321 – Viehaustraße

sowie zu

Punkt 9: Anfragen und Mitteilungen;

- Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.01.2011
- Anfragen der REP-Fraktion vom 25.01.2011
- Anfrage der REP-Fraktion vom 28.01.2011.

Im Anschluss hieran stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob seitens der Fraktionen Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, spricht an, dass er bei Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen einen Dienstreiseantrag abgegeben habe, welcher jedoch nicht zur Tagesordnung gestellt worden sei. Seiner Meinung nach müsse der Rat der Stadt in dieser Angelegenheit eine dringliche Entscheidung treffen, da der Hauptausschuss erst wieder im März tagt.

Dazu teilt Herr Erster Beigeordneter Kahlen mit, dass ihm der Antrag erst seit Kurzem zur Prüfung vorliege. Außerdem merkt er an, dass es sich in diesem Falle um eine Fortbildungsveranstaltung handle, die nicht in die Zuständigkeit des Rates falle. In der Angelegenheit habe er Herrn Stv. Wirtz auch darüber informiert, dass der Antrag aus rechtlichen Gründen nicht bewilligt werden könne. Diese Auffassung werde auch von der Kommunalaufsicht vertreten.

Herr Bürgermeister Sonders merkt an, dass grundsätzlich zu klären sei, ob die Kosten für die Teilnahme der Ratsmitglieder an Fortbildungsveranstaltungen etc. von der Stadt Alsdorf bezahlt werden müssen. Hier werde die Auffassung vertreten, dass dies innerhalb einer jeden Fraktion festzulegen sei und dafür die zur Verfügung gestellten Zuwendungen zu den Geschäftsführungskosten verwendet werden können. Herr Bürgermeister Sonders werde diese Angelegenheit auch noch einmal von der Kommunalaufsicht prüfen lassen.

Gegen die vorliegende Tagesordnung bestehen keine Bedenken, so dass diese als genehmigt gilt.

Für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung kündigt Herr Stv. Brühl, FWA-Fraktion, eine Anfrage an.

Frau Stv. Schongen und Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, melden jeweils eine Anfrage für den nichtöffentlichen Teil an.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2011/0963

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/0967

Protokoll:

1. Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf den Fraktionsantrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf zum Thema „Sicherung des Schulweges für alle Kinder“. Unter der Rubrik „Sachstand“ sei vermerkt, dass sich lediglich 4 Eltern bereit erklärt haben, einen „Walking-Bus“ zu unterstützen. Des Weiteren soll mit den Eltern unter Hinzuziehung der Polizei weiterverhandelt werden. Herr Stv. Krämer merkt an, dass dieser Themenpunkt demnächst wieder im Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur zur Tagesordnung gestellt werden solle. Er äußert die Bitte, dass in dieser Sache baldmöglichst auch ein Ergebnis vorgelegt werde.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur, Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, informiert darüber, dass beabsichtigt sei, diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur erneut zur Tagesordnung zu stellen.

Herr Bürgermeister Sonders berichtet, dass in dieser Angelegenheit eine Befragung der Eltern stattgefunden habe und zwischenzeitlich 59 Antworten vorlägen. Er fasst zusammen, dass die meisten Schülerinnen und Schüler mit dem Pkw gebracht würden und auch Fahrgemeinschaften gebildet worden seien. Außerdem kämen einige Kinder mit dem Fahrrad zur Schule. Weiterhin seien auch „Geh-Gemeinschaften“ gebildet worden, so dass die Schülerinnen und Schüler als Gruppe zur Schule gelangen. Abschließend gibt er bekannt, dass von den 59 Eltern insgesamt 39 keine Angaben zum „Walking-Bus“ gemacht hätten. Lediglich 10 Eltern seien interessiert gewesen und würden das Angebot befürworten. Jedoch sei nur ein Elternteil bereit, bei der Organisation mitzuwirken und die Schülerinnen und Schüler zu begleiten. Ein abschließendes Gespräch sei für den 8. Februar 2011 geplant.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Gespräch mit den verbliebenen Interessenten hat unter Beteiligung der Schulpflegschaftsvorsitzenden, dem Schulleiter sowie Vertretern des Schulträgers am 8. Februar 2011 stattgefunden.

Für die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur am 22.02.2011 werde eine beratungsreife Sitzungsvorlage erarbeitet.

2. Zum Bürgerbegehren „Erhaltung der GHS Alsdorf-Ost“ möchte Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, darüber informiert werden, ob zwischenzeitlich die Klage vorliege.

Hierzu teilt Herr Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, mit, dass die Klage am 17.01.2011 beim Verwaltungsgericht eingegangen sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der Sitzung des Rates der Stadt am 09.12.2010 gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

**zu 4 Bebauungsplan Nr. 221 - Stadtplatz;
 hier: Vorstellung des geplanten Bauvorhabens
 Vorlage: 2011/0995**

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Bürgermeister Sonders die Herren Prof. Dorn, Hammerich, Weinholt und Koswald.

Nunmehr stellt Herr Prof. Dorn das Projekt „Hotel und Seniorenzentrum an der Stadthalle“ in Alsdorf vor. Das Grundstück befindet sich hinter der Stadthalle, zwischen Rathausstraße und Annastraße, und erfülle wichtige Standortfaktoren. Für das Projekt sei die Unterbringung folgender Nutzungen geplant: Hotel, stationäre Pflegeeinrichtung für etwa 80 Bewohner, Wohnungen für betreutes Wohnen, Tagespflegeeinrichtung, Café, Mietflächen für ergänzende oder externe Nutzung sowie ca. 70 Stellplätze, überwiegend in der Tiefgarage.

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Zum Projekt teilt Herr Stv. Brandt für die CDU-Fraktion mit, dass sie in einem Punkt nicht überzeugt sei und spricht die stationäre Pflegeeinrichtung für etwa 80 Bewohner an. Hier stehe die Stadt Alsdorf in Mitverantwortung für die bereits ansässigen Pflegeeinrichtungen, zumal erst kürzlich das Projekt am Mariadorfer Dreieck errichtet worden sei. Eine Rückfrage habe ergeben, dass es in dieser Pflegeeinrichtung keine Warteliste gäbe. Zu der nunmehr geplanten stationären Pflegeeinrichtung für etwa 80 Bewohner möchte Herr Stv. Brandt darüber informiert werden, ob hier tatsächlich Bedarf bestehe. Die CDU-Fraktion könne sich vorstellen, anstelle einer stationären Pflegeeinrichtung Wohnungen für betreutes Wohnen zu errichten.

Herr Bürgermeister Sonders nimmt Bezug auf den Bericht über die kommunale Pflegeplanung der StädteRegion Aachen aus dem Jahre 2009. Für die Stadt Alsdorf weise dieser Bericht bis zum Jahre 2015 eine Unterdeckung von insgesamt 136 Plätzen aus. Des Weiteren informiert er darüber, dass die neue Pflegeeinrichtung am Mariadorfer Dreieck bereits mit 70 von ursprünglich 80 geplanten Plätzen belegt sei. Auch in dieser Einrichtung sei es bis zur Vollbelegung nur noch eine Frage der Zeit.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, spricht dieser Initiative ein großes Lob aus. Im Anschluss hieran nimmt er Bezug auf die bestehende Bebauung. Er merkt an, dass die vorhandenen Gebäude mit einem Satteldach ausgestattet seien. Nunmehr möchte er geklärt wissen, warum die jetzige Planung Flachdächer vorsehe.

Hierzu teilt Herr Prof. Dorn mit, dass dies mit der Ausnutzung der Fläche zusammen hängen würde. Er führt aus, dass für das Hotel sowie für die Wohnungen des betreuten Wohnens auf dem Flachdach noch ein sogenanntes Staffelgeschoss vorgesehen sei. Dies habe den Vorteil, dass das Hotel mit insgesamt 50 Zimmern ausgestattet werden könne und für das betreute Wohnen 24 Wohnungen entstehen.

Für die ABU-Fraktion teilt Herr Stv. Mortimer mit, dass diese das Projekt uneingeschränkt unterstütze. In Bezug auf den Pflegebedarf habe die StädteRegion Aachen bestätigt, dass die Stadt Alsdorf zurzeit über 140 Pflegeplätze verfüge. Zum geplanten Hotel bestehe Zuversicht, dass das Seminargeschäft der Stadthalle optimal ausgelastet werden könne.

Zum Thema Klimaschutz bittet Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, um Auskunft, wie die Gebäudeplanung energietechnisch aussieht.

Dazu äußert Herr Prof. Dorn, dass die zu realisierenden Gebäude nach dem neuesten Stand errichtet werden.

Die Herren Stadtverordneten Loosz, SPD-Fraktion, Liska, FDP-Fraktion, Brühl, FWA-Fraktion, Weber, REP-Fraktion, sowie Knippschild sagen zu, das Projekt voll zu unterstützen.

Abschließend bedankt sich Herr Bürgermeister Sonders bei allen Beteiligten und lässt nunmehr über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Vorstellung des geplanten Bauvorhabens im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 221 – Stadtplatz zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 5 Änderung in der Ausschuss- und Gremienbesetzung Vorlage: 2011/0972

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

Für die SPD-Fraktion gibt Herr Stv. Loosz zur Kenntnis, dass in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt eine Nachbenennung als Ersatz für Herrn Roman Hinkelmann im Ausschuss für Stadtentwicklung erfolgen werde.

Auch Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, möchte erst in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt einen Ersatz für Herrn Sebastian Schongen im Ausschuss für Gebäudewirtschaft bekannt geben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt

- a) als Ersatz für Herrn Heinz Martin Poensgen auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Christoph Kuckartz gemäß § 58 Abs. 3 GO NRW zum Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung. Zum 1. Stellvertreter des Herrn Christoph Kuckartz wählt der Rat der Stadt gemäß § 58 Abs. 3 GO NRW Herrn Heinz Martin Poensgen. Herr Stv. Heinrich Liska wird zum 2. Stellvertreter des Herrn Kuckartz gewählt.
- b) als Ersatz für Herrn Sascha Meuser auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Manuel Herzner gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW zum 1. Stellvertreter des Herrn Hans Goerenz in den Ausschuss für Gebäudewirtschaft. Zum 2. Stellvertreter des Herrn Goerenz wählt der Rat der Stadt gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW Herrn Stv. Stefan Rohmann.
- c) als Ersatz für Herrn Kai Graf auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Stv. Heinrich Liska zum 2. Stellvertreter des Herrn Christoph Kuckartz in den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur.

- d) als Ersatz für Herrn Markus Höring auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Manuel Herzner gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW zum Mitglied des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Technische Dienste.
- e) als Ersatz für Herrn Stv. Friedhelm Wirtz auf Antrag der CDU-Fraktion Herrn Hartmut Malecha (GRÜNE-Fraktion) zum Stellvertreter des Herrn Stv. Franz Brandt in die Lenkungsgruppe ANNA.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 6 Benutzungs- und Gebührensatzung der Büchereien der Stadt Alsdorf vom 23.12.1982
hier: Ergänzung und Änderung der Büchereisatzung
Vorlage: 2010/0938**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als **Anlage der Originalniederschrift** beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung der Büchereien der Stadt Alsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 7 Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 2011/0974**

Protokoll:

Herr Stv. Rinkens, SPD-Fraktion, bezieht sich auf das Produkt 12-01-01 mit der Investitionsnummer 10-0028 – Errichtung von Buswartehallen. Er merkt an, dass der dort angegebene Betrag in Höhe von 20.000,-- Euro voraussichtlich von einem neuen Vertragspartner übernommen werde. Von daher sei zu überlegen, ob diese Haushaltsmittel nicht für die Maßnahme „Absenken von Bürgersteigen“ zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies möge entsprechend berücksichtigt werden.

Hierzu äußert Herr Kämmerer Jansen, Fachbereich 5 – Finanzen, rechtliche Bedenken. Er erläutert, dass diese Haushaltsmittel neu zu veranschlagen seien.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass über die Verwendung der 20.000,-- Euro an anderer Stelle noch einmal entschieden werden müsse.

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der Bildung von Ermächtigungsübertragungen zum Jahresabschluss 2010 in Höhe von insgesamt 1.600.647,43 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 8 **Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -**
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung**
b) **Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -**
Vorlage: 2011/0958
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (Vorlage 2010/0874) und der öffentlichen Auslegung (Vorlage 2011/0958) die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
- b) den Bebauungsplan Nr. 321 – Viehaustraße – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 9 **Anfragen und Mitteilungen**
Vorlage: 2011/0964
-

Protokoll:

Mitteilung der Frau Gebauer, Rechnungsprüfungsamt, zu den Maßnahmen des Konjunkturpaketes II

Frau Gebauer teilt mit, dass bis Ende Dezember 2010 alle vom Rat der Stadt beschlossenen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II in das Anmeldeverfahren des Landes NRW eingepflegt worden seien und alle hierzu relevanten Informationen vorlägen.

Jedoch habe es in diesem Verfahren zwei Veränderungen gegeben, die der Angabe von exakten Euro-Werten geschuldet seien, obwohl der Rat in seiner Sitzung am 26.05.2010 gerundete Werte beschlossen habe. Konkret bedeute dies eine Abweichung im Förderbereich „Infrastruktur“. Bei der Anmeldung der Maßnahme „Energetische Sanierung des Rathauses“ seien von den geplanten 200.000,00 Euro lediglich 199.526,00 Euro zur Anmeldung gebracht worden.

Im Förderbereich „Bildungsinfrastruktur“ hingegen sei die Anmeldung der Maßnahme „Brandschutzmaßnahmen an der Gustav-Heinemann-Gesamtschule“ in Höhe von 494.523,00 Euro anstelle der geplanten 494.000,00 Euro angemeldet worden. Dies sei angewendet worden, um die Fördermittel zu 100 % für die Stadt Alsdorf beim Land NRW ausschöpfen zu können.

Nachdem die Maßnahme „Sanierung der Sporthalle an der Grundschule Broicher Siedlung“ von der IGA bei der Verwaltung als beendet angezeigt worden sei, habe die örtliche Rechnungsprüfung die entsprechende Prüfung durchgeführt. Das Testat der geprüften Verwendung sei der Bezirksregierung in der vergangenen Woche zugeleitet worden. Hierdurch sei die erste Maßnahme der Stadt Alsdorf beim Land NRW als beendet angezeigt worden.

Weiter führt Frau Gebauer aus, dass die geplanten Kosten gemäß Ratsbeschluss vom 26.05.2010 bei der Maßnahme einem Fördermittelanteil in Höhe von 220.000,00 Euro entsprochen hätten. Die Abschlussprüfung habe zu dem Ergebnis geführt, dass förderfähige Gesamtkosten in Höhe von 217.800,92 Euro vorliegen. Der Differenzbetrag – bis zur Höhe der geplanten 220.000,00 Euro in Höhe von 2.200,00 Euro - müsse nun kurzfristig einer anderen Maßnahme zugeteilt werden. Dem vom Rat erteilten Auftrag, alle frei werdenden Mittel der Maßnahme „Umbau/Burg/Remise“ zuzuteilen, könne in diesem Fall nicht nachgekommen werden, da es sich um Fördermittel im Förderbereich der Bildungsinfrastruktur handele, die auf eine andere aktive Maßnahme dieses Sektors umzuschichten seien. Hierzu werde die Verwaltung nunmehr einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Bürgermeister Sonders schlägt vor, den Differenzbetrag in Höhe von 2.200,00 Euro für die Maßnahme „Sanierung der Turn- und Festhalle in Alsdorf-Ofden“ zu verwenden. Er begründet, dass die Kostenschätzungen der Maßnahme bereits jetzt erkennen lassen, dass die Ist-Kosten höher ausfallen werden.

Hiergegen hat der Rat der Stadt keine Bedenken.

Mitteilung des Herrn Bürgermeister Sonders zur schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 21.01.2011 zum Thema „Tierpark“

Zum Thema „Schrankeneinnahmen 2010 / Tierpark Alsdorfer Weiher“ teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass die gewünschte Aufstellung der **Niederschrift** als **Anlage** beigefügt werde.

Mitteilung des Herrn Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, zur schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 21.01.2011 zum Thema „ Kanalsanierung Ofden“

Herr Hermanns berichtet, dass mit Schriftsatz vom 14.12.2010 31 Kläger ihre Klagen zurückgenommen haben. Von daher seien diese Verfahren durch Beschluss des Verwaltungsgerichtes Aachen eingestellt worden. Am 27.12. bzw. 31.12.2010 seien diese Einstellungsbeschlüsse bei der Stadt Alsdorf eingegangen. Dadurch seien die Bescheide in 29 Fällen in voller Höhe rechtskräftig. In 2 Fällen sei der Betrag um 3 % abgesenkt worden.

Ein umfassender Erörterungstermin beim Verwaltungsgericht Aachen habe zu den Klagerücknahmen geführt. Auch der Vorsitzende der Bürgerinitiative habe diesen Termin wahrgenommen. Nach Prüfung der Bescheide habe das Gericht die Auffassung vertreten, „dass die angefochtenen Bescheide wahrscheinlich nicht zu beanstanden seien“. Nach Meinung des Gerichtes seien die Kosten nicht unangemessen hoch. Die Stadt könne sogar in einer Reihe von Fällen noch wesentlich höhere Beträge nachfordern, weil die bis Oktober 2009 gültige Satzung anzuwenden sei, und zwar dort, wo die Hausanschlüsse vor diesem Zeitpunkt schon fertig gestellt waren. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller Ofdener Anlieger habe der Eigenbetrieb Technische Dienste hierauf verzichtet und sich an den Verfahrenskosten beteiligt.

Nach Klagerücknahme werde der zu erstattende Kostenaufwand für die erneuerten Grundstücksanschluss- bzw. Hausanschlussleitungen sofort fällig bzw. habe der ursprüngliche Heranziehungsbescheid Rechtskraft erlangt. Eine erneute Klagemöglichkeit bzw. Anspruch auf Änderung des Ursprungsbescheides bestehe nicht mehr.

Trotz des Erörterungstermines beim Verwaltungsgericht würden seitens der Bürgerinitiative noch Unstimmigkeiten bei den Aufmaßen gesehen, diesbezüglich habe sich die Verwaltung mit den Vertretern der Bürgerinitiative in Verbindung gesetzt.

Die 32. Klage werde am 18.02.2011 vor dem Verwaltungsgericht erörtert. Hier werde von den Klägern lediglich das Aufmaß angezweifelt, nicht jedoch die Gesamtkosten der Maßnahme. Insofern sei zu Fragen des Aufmaßes auch der Ausgang des Verwaltungsgerichtstermines am 18.02.2011 abzuwarten.

Momentan würden die Rechnungen bzw. Aufmaße des III. Bauabschnittes technisch geprüft. Nach erfolgter Prüfung sei beabsichtigt, die Heranziehungsbescheide bzw. Rechnungen – getrennt nach Grundstücks- und Hausanschlussleitung – zu verschicken.

In der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Technische Dienste am 15.02.2011 werde im nichtöffentlichen Teil über die Angelegenheit berichtet.

Mitteilung des Herrn Bürgermeister Sonders zur schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 21.01.2011 zum Thema „Nachtragshaushalt 2010“

Hinsichtlich der v. g. Anfrage nimmt Herr Bürgermeister Sonders Bezug auf die Stellungnahme des Herrn Kämmerer Jansen, Fachbereich 5 – Finanzen. Mit Bescheid vom 20.12.2010 habe die Stadt Alsdorf aufgrund der Neufassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 zusätzlich Finanzmittel in Höhe von 621.788,56 Euro erhalten, die sich wie folgt zusammensetzen:

Schlüsselzuweisungen: 544.290,00 Euro
Investitionspauschale: 77.498.56 Euro.

Bei den Mitteln der Schlüsselzuweisungen handele es sich um eine kommunale Einnahme, die ausschließlich zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen verwendet werden dürfe. Investitionsmaßnahmen dürfen hieraus nicht finanziert werden.

Die Mittel der Investitionspauschale stellen jedoch eine investive Einzahlungsart dar und seien daher auch nur für Investitionen zu verwenden.

Zur Finanzierung der beiden Straßenbaumaßnahmen „Mühlenweg“ und „Schmiedstraße“ würden städtische Eigenmittel in Höhe von 453.600 Euro erforderlich. Der Haushalt 2010 beinhalte für die Planung und Umsetzung der Maßnahmen die entsprechenden Haushaltsmittel.

Mit Beschluss vom 30.09.2010 seien diese Mittel zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils an der Errichtung des Energeticon umgeschichtet worden.

Die Straßenbauvorhaben seien dabei auf das Haushaltsjahr 2014 verschoben worden, soweit nicht zwischenzeitlich außerplanmäßige Erlöse zur Verfügung stünden, die vorrangig zur Finanzierung der beiden Straßenbaumaßnahmen einzusetzen seien.

Aufgrund der außerplanmäßigen Einnahmen aus der Investitionspauschale, seien für die beiden Maßnahmen im Haushaltsjahr 2010 entsprechende Planungsaufträge vergeben worden.

Die Verwaltung habe somit entsprechend des Ratsbeschlusses vom 30.09.2010 gehandelt.

Der unter Datum vom 10.01.2011 den Mitgliedern des Rates zugeleitete Entwurf der Haushaltssatzung 2011 berücksichtige aufgrund der positiven Entwicklung der städtischen Veräußerungserlöse bereits für das Haushaltsjahr 2011 die Umsetzung der beiden Maßnahmen und entspreche somit ebenfalls der geltenden Beschlusslage.

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen zur schriftlichen Anfrage der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 25.01.2011 zum Einsatz des Präsenzdienstes

Hierzu gibt Herr Erster Beigeordneter Kahlen zur Auskunft, dass der Präsenzdienst neben der Überwachung des ruhenden Verkehrs eine Vielzahl weiterer Aufgaben übernommen habe. Zur Information ist die letzte Jahresstatistik aus dem Jahr 2009 der Niederschrift **als Anlage** beigefügt.

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen zur schriftlichen Anfrage der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 25.01.2011 zum Thema „Verunreinigungen von Geh- und Radwegen“ etc.

Bezug nehmend auf die v. g. Anfrage der REP-Fraktion teilt Herr Erster Beigeordneter Kahlen mit, dass am 22.10.2010 die 2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Kraft getreten sei. Hier sei § 5 Abs. 3 wie folgt neu gefasst worden:

- (3) *Verunreinigungen von Geh- und Radwegen, Anlagen und verkehrsberuhigten Bereichen durch Hunde sind von den nach Absatz 1 Verantwortlichen unverzüglich zu beseitigen. Hierzu ist mindestens ein geeignetes Behältnis mitzuführen und auf Verlangen den Vollzugskräften vorzuweisen.*

Abschließend gibt Herr Erster Beigeordneter Kahlen zur Kenntnis, dass zurzeit die Hundehalter im Stadtgebiet noch ohne Verwarnungsgelder auf die geänderte Rechtslage hingewiesen werden.

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen zur schriftlichen Anfrage der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 25.01.2011 zur Beschäftigung zusätzlicher Ordnungskräfte

Zur v. g. Anfrage gibt Herr Erster Beigeordneter Kahlen zur Kenntnis, dass es sich hier nicht um Ein-Euro-Kräfte handele, sondern um die Maßnahme Bürgerarbeit der Bundesagentur für Arbeit. Laut dieser werde mit der Maßnahme voraussichtlich ab April 2011 begonnen. Für den Präsenzdienst sowie auch für andere Einrichtungen im Stadtgebiet seien hierfür insgesamt 20 Stellen vorgesehen.

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen zur schriftlichen Anfrage der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 25.01.2011 zu Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Willy-Brandt-Ring

Dazu informiert Herr Erster Beigeordneter Kahlen, dass der Willy-Brandt-Ring mit dem Zeichen 325 – verkehrsberuhigter Bereich – ausgeschildert worden sei. Hier werde die klassische Aufteilung zwischen Fahrbahn und Bürgersteig nicht erkannt, so dass auch eine diesbezügliche Ahndung nicht durchführbar sei.

Die Fahrbahnschwellen zwischen Fahrbahnrand und den Baumbeeten seien dort so angelegt, dass eine Umfahrung nicht möglich ist.

Außerdem teilt Herr Erster Beigeordneter Kahlen mit, dass die Heckenbepflanzung nach den Wintermonaten vorgenommen werde.

Mitteilung der Frau Technischen Beigeordneten Lo Cicero-Marenberg zur schriftlichen Anfrage der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 28.01.2011 zur Problematik der Wurzelbildung und der Baumkronen in der Zedernstraße und Erlenstraße sowie in der Weinstraße in Alsdorf

Zur Sachlage gibt Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg zur Kenntnis, dass die in dieser Siedlung gepflanzten Bäume in der Vergangenheit bei Abgang bzw. teilweise in Fällen zur Verkehrssicherung bereits entfernt bzw. zurückgeschnitten worden seien. Auf Nachpflanzungen sei in den beengteren Straßenbereichen danach überwiegend verzichtet worden, da sich mit den gärtnerisch gestalteten Vorgärten bereits ein durchgrüntes Bild zum öffentlichen Straßenraum biete. Diese Strategie werde in diesem Bereich auch künftig verfolgt.

Nach Durchführung eines Ortstermines sei in Kürze geplant, in den Kreuzungsbereichen Zedernstraße und Erlenstraße zwei Beleuchtungskörper wegen Baumbewuchs etwas einzukürzen bzw. zum Teil Baumrückschnitt vorzunehmen. Nach Abschluss der vorgenannten Arbeiten wäre wieder eine adäquate Ausleuchtung in den angesprochenen Bereichen gegeben, zumal sich dort ohnehin bereits weitgehend Leuchten mit kurzen Lampenmasten befänden.

Laut Straßendatenbank der Stadt Alsdorf befände sich die Fahrbahn der Zedernstraße in einem guten Zustand. Der Gehweg sei schlechter bewertet, da es hier aufgrund der Wurzeln bereits zu Rissen und Unebenheiten gekommen ist.

Abschließend äußert Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, dass Maßnahmen zur Verkehrssicherung als Geschäft der laufenden Verwaltung wahrgenommen werden.

In Bezug auf die Weinstraße informiert sie darüber, dass dort aufgrund der schmalen Straßenverhältnisse ein kombinierter Geh- und Radweg errichtet worden sei. Im Übrigen seien dort 5 neue Bäume gepflanzt worden. Diesbezüglich habe auch eine Bürgerbeteiligung stattgefunden.

Anfrage des Herrn Stv. Brühl, FWA-Fraktion, zu Leerungsdaten der RegioEntsorgung

Herr Stv. Brühl berichtet, dass vor ca. 2 oder 3 Jahren festgestellt worden sei, dass der Scanner an einem Müllfahrzeug wochenlang defekt gewesen sei, so dass die Müllentleerungen nicht richtig erfasst werden konnten.

Nun seien die Gebührenbescheide rausgegangen. Herr Stv. Brühl habe seinen geprüft und festgestellt, dass bei ihm insgesamt 8 Müllentleerungen abgerechnet worden seien, obwohl er tatsächlich nur 6 Leerungen hatte. Nun habe er von der RegioEntsorgung die Mitteilung erhalten, dass bei ihm eine Müllentleerung vorgenommen worden sei. Er vermutet einen erneuten Scanner-Fehler und bittet darum, dies einmal zu prüfen. Eventuell könnten die Daten auch bei anderen Bürgerinnen und Bürgern nicht richtig sein.

Anmerkung der Verwaltung:

Mit Mail vom 07.02.2011 hat der Eigenbetrieb Technische Dienste dem FG 1.1 – Büro des Rates mitgeteilt, dass der RegioEntsorgung die Problematik bereits bekannt gewesen sei. Die fehlenden Daten würden derzeit nacherfasst und anschließend übersandt. Sodann würde ggf. eine Gebührenerneuerung erfolgen.

Anmerkung des Herrn Stv. Brühl, FWA-Fraktion, zum Thema „Kanalsanierung in Ofen“

Herr Stv. Brühl kommt auf die Erläuterungen des Herrn Hermanns zurück. Hierzu merkt er an, dass die Klagen von den Bürgerinnen und Bürgern zurückgezogen worden seien, nachdem der Rechtsanwalt mitgeteilt habe, dass bei weiteren Schritten noch mehr Kosten entstehen würden. Das findet Herr Stv. Brühl nicht korrekt. Außerdem sei in den Ausführungen nicht wiedergegeben worden, dass die Stadt Alsdorf die Kosten der Bürgerinnen und Bürger übernommen hat.

Herr Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, führt aus, dass zusätzliche Kosten auf die Kläger zugekommen wären, wenn das Gericht ein Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben hätte. Die Richter hätten jedoch davon abgeraten mit der Begründung, es sei nicht zu erwarten, dass der Gutachter zu einem anderen Ergebnis als das Gericht kommen würde. Die nicht unbeträchtlichen Kosten wären dann auch noch von den Klägern zu tragen. Vom Eigenbetrieb Technische Dienste sei ein Teil der Verfahrenskosten aus Gründen der Prozessökonomie übernommen worden, weil anderenfalls eine Neuveranlagung auf der Grundlage der alten Satzung gedroht hätte mit bis zu 66 % höheren Beiträgen für die Anlieger und noch mehr Klagen als bisher.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, möchte geklärt wissen, ob hierzu schon das Gerichtsprotokoll vorläge.

Dazu teilt Herr Hermanns mit, dass in dem Protokoll vom Erörterungstermin der entscheidende Satz wie folgt protokolliert ist: *„Der Vorsitzende der Kammer weist den Prozessbevollmächtigten der Kläger darauf hin, dass ausgehend von den dargelegten rechtlichen Ansätzen die angefochtenen Bescheide wahrscheinlich nicht zu beanstanden seien.“*

Abstimmungsergebnis:

**zu 10 Verlegung der Räumlichkeiten aller im Rat der Stadt Alsdorf vertretenen Fraktionen in den Keller; hier: Antrag der REP-Fraktion vom 20.01.2011
Vorlage: 2011/0997**

Protokoll:

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, nimmt Bezug auf den Zeitungsartikel „REPUBLIKANER bleiben weiter im Keller“ der Aachener Zeitung vom 10.12.2010, welchen er den Ratsmitgliedern soeben in Kopie vorgelegt hat. Die Bemerkung, dass Verwaltungsmitarbeiter täglich acht Stunden im Untergeschoss ihre Arbeit verrichten, ohne sich diskriminiert zu fühlen, und nicht nur ab und zu wie die Republikaner, habe Herr Stv. Weber zum Anlass genommen, zu prüfen, wie oft die anderen Fraktionszimmer im Hause genutzt werden. So sei Herr Stv. Weber im letzten Jahr 180 Mal im Bereich der anderen Fraktionszimmer gewesen und habe dort nur 5 Mal einen Fraktionskollegen angetroffen. Dies würde ihn in seiner Forderung bestätigen.

Hierzu äußert Herr Bürgermeister Sonders, dass sich die Fraktion DIE REPUBLIKANER im Rat der Stadt bis jetzt noch nie derartig beschwert und sich auch nicht diskriminiert gefühlt habe. Er empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Sodann möchte Herr Stv. Weber seinen Antrag dahingehend modifizieren, dass die Fraktionszimmer von SPD sowie CDU im Rat der Stadt auch weiterhin auf der ersten Etage verbleiben und die Fraktionszimmer von ABU, GRÜNE, FDP sowie FWA ins Untergeschoss verlegt werden.

Im Anschluss hieran stellt Herr Bürgermeister Sonders diesen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt **lehnt** den Antrag der Fraktion DIE REPUBLIKANER hinsichtlich einer Verlegung der Büros der Fraktionen des Rates der Stadt, mit Ausnahme der SPD- und CDU-Fraktion, in den Keller **ab**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme).

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Holz
Schriftführerin